

Weil allen zusteht, was wenigen gehört!

**Beschlussbuch der außerordentlichen Landeskonferenz der Jusos
Bayern am 16. Oktober 2016 in Nürnberg**

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit, Bildung und Ausbildung	3
A 1 Zukunftsfähige Schulpolitik.....	3
A 3 Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!.....	5
A 9 "Europabildung an der Schule" endlich umsetzen.....	8
G - Gleichstellung, Feminismus und Gender	9
G 1 Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!.....	9
G 5 Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen.....	11
I - Inneres, Justiz und Verbraucherschutz	12
I 2 Verbraucherschutz in CETA erhalten.....	12
M - Migration, Integration, Flucht und Asyl	14
M 2 Integration erfolgreich gestalten! Änderungen im Integrationsgesetz des Bundes und des Freistaats Bayern.....	14
M 3 Migration is A Human Right - Für ein progressives Einwanderungsgesetz.....	19
W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern und Kapitalismuskritik	25
W 1 Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!.....	25
W 4 Umbau der Grundsteuer zur flächennutzungsbezogenen Grundabgabe.....	30

1 **A Arbeit, Bildung und Ausbildung**

2

3 Von: JSAG über Landesvorstand

4 An: Landesparteitag der BayernSPD, BayernSPD-Landtagsfraktion

5

6 **A 1 Zukunftsfähige Schulpolitik**

7 Gemeinsam, ganztags, gerecht: Ein neues Schulsystem

8

9 Wir fordern die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und eine
10 grundlegende Neuorientierung in der Schulpolitik. Zudem soll das
11 Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden und
12 ein bundesweites Richtlinien etabliert werden.

13

14 Anstelle der aktuellen Schulen soll die „Gemeinschaftsschule“ treten. Die
15 Gemeinschaftsschule ist für alle Jugendlichen bis zum Abschluss des
16 zehnten Schuljahres verpflichtend. Der Unterricht findet ganztags statt und
17 soll inhaltlich sowohl unverzichtbares Grundwissen als auch eigene
18 Interessen fördern.

19

20 Die vertiefte Auseinandersetzung mit einem breiten Spektrum an Fächern
21 erachten wir als erstrebenswert. Insbesondere in den
22 geisteswissenschaftlich-sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlich-
23 technischen und sprachwissenschaftlich-literarischen Bereichen setzen wir
24 die Vermittlung von Grundwissen durch den Unterricht voraus. Die
25 Vermittlung des Wissensstocks soll dabei in einer freien und an die
26 Bedürfnisse der Schüler*innen angepassten Atmosphäre erfolgen, die
27 sowohl Lehrkraft, als auch Schüler*innen Freiraum für Kreativität und
28 Entfaltung bietet. Dabei sind zur Verbesserung der Vergleichbarkeit und
29 Qualitätssicherung dennoch Mindeststandards einzuhalten. Die Entfaltung
30 der individuellen Stärken und Vorlieben der Schüler*innen, möchten wir mit
31 zusätzlichen Wahlmodulen aus Bereichen wie Sport, Kunst oder Musik
32 fördern.

33

34 Künstlerische, musikalische und sportliche Aktivitäten sollen in Kooperation
35 mit den Verbänden und Vereinen vor Ort angeboten werden, um einfachen
36 Zugang zu kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

37

38 Ebenso sollen alle Schulen ganztags unterrichten, um auf Hausaufgaben
39 verzichten zu können. Selbstverständlich muss dabei ein kostenfreies
40 Mittagessen angeboten werden, welches stets eine vegetarische Variante
41 anbietet.

42

43 Ebenfalls sollen an Schulen einmal im Jahr (am besten am Schuljahresende)
44 eine Projektwoche stattfinden, in denen Lehrkräfte zu verschiedenen
45 Themen ihrer Wahl Projekte für Schüler*innen anbieten können, um die
46 Schulgemeinschaft zu stärken und eine große Vielfalt an Themen
47 ansprechen zu können. Gerade auch politische Themen sollen hier eine
48 große Rolle spielen.

49

50 Die Bundeswehr soll keine Möglichkeit mehr haben, sich an Schulen
51 präsentieren zu können. Schulen sind ein geschützter ziviler Raum, die
52 Anwerbung für das Militär hat dort nichts zu suchen.

1 Kein Konkurrenzkampf an unseren Schulen

2

3 Wir lehnen die Leistungsorientierung und den daraus folgenden
4 Konkurrenzkampf unter Schüler*innen ab. Wir fordern daher eine
5 Abschaffung der Noten.

6

7 Um Schüler*innen dennoch Rückmeldung über Lernerfolge zu geben, soll
8 am Ende des Jahres in einem Bericht dargestellt werden, welche Themen in
9 den entsprechenden Fächern erfolgreich behandelt wurden und wo es noch
10 Verbesserungsbedarf gibt. Um die Lehrkräfte zu entlasten, soll es ermöglicht
11 werden, diesen Bericht stückweise über das Schuljahr neben der Korrektur
12 zu aktualisieren.

13

14 Gute Bedingungen für unsere Lehrkräfte

15

16 Um Lehrkräfte, insbesondere Klassenleitungen, zu entlasten, soll der
17 Zugang der Schulen zu Beratungslehrkräften und Schulpsycholog*innen im
18 Vergleich zum bisherigen Status ausgebaut werden, sodass alle Schule
19 jederzeit unbürokratisch und schnell Zugang haben. Es muss
20 selbstverständlich werden, dass das Kulturministerium eher zu viele
21 Lehrkräfte einstellt als zu wenig, um so Stundenausfälle zu minimieren.

22

23 Auch ist uns klar, dass der ausschließlich theoretische Zugang nicht
24 ausreichend ist. Auch im Unterricht muss sich ausreichend damit beschäftigt
25 werden, wie der eigene psychische Zustand reflektiert werden kann und es
26 Freiräume gibt dies zu tun. Es muss vermittelt werden, dass verschiedene
27 Formen psychischen Leids in jedem Fall behandelt werden können und es
28 Hilfe gibt, die in Anspruch zu nehmen selbstverständlich ist.

29 Ebenso sollen Schülerinnen und Schüler in Fächern wie Biologie, Ethik und
30 Sozialkunde über verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten
31 aufgeklärt werden.

32

33 Kostenfreiheit für Schüler*innen

34

35 Der Schulweg soll für alle Schüler*innen, ungeachtet ihres Wohnortes oder
36 ihrer Jahrgangsstufe, kostenfrei sein und erstattet werden. Wir fordern daher
37 ein kostenloses landesweites Nah- und Regionalverkehrsticket für
38 Schüler*innen und Auszubildende.

39

40 Die Schule soll alle Lehrmittel kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen,
41 sodass hier keine zusätzlichen Lehrmittel mehr gekauft werden müssen.
42 Lektüren sollen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden und sollen in das
43 Eigentum der Schüler*innen übergehen. Die Diversität der Lektüren soll
44 zwingend erhalten bleiben. Bei Beschädigung sind die Schüler*innen zu
45 Schadensersatz verpflichtet.

46

47 Kosten für Klassenfahrten und Ausflüge sollen grundsätzlich durch das Land
48 getragen werden.

49

50 Internationalisierung

51

52 Es soll ein offizielles (staatliches) Programm initiiert werden, welches
53 Schulen in Bayern mit Partnerschulen im Ausland verknüpft. So sollen
54 Brieffreundschaften und Begegnungen zwischen Schüler*innen aus
55 unterschiedlichen Ländern entstehen. Ein verstärkter Ausbau des
56 bilingualen Unterrichts wäre hier besonders wünschenswert.

57

1 Von: Unterfranken

2 An: Bundeskongress der Jusos, Landes- für Bundesparteitag der SPD

3 **A 3 Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des**
4 **Bildungssystems!**

5

6 Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste
7 gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche
8 Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt
9 der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private
10 Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.
11 Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem
12 Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser
13 Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht
14 bereitgestellt werden.

15 Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute
16 Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe
17 ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen
18 „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben
19 werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des
20 Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes
21 Bildungssystem zu ermöglichen.

22 Deshalb fordern wir:

23 Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen

24 Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen
25 Bildungsbarrieren abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und
26 Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ
27 hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze
28 finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder
29 sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und
30 sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen
31 Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig
32 sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten,
33 die für Bildung anfallen, ab.

34 Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das
35 Deutschlandstipendium, ersetzt werden durch Förderprogramme für sozial
36 Benachteiligte, damit ein gerechter und freier Zugang zu
37 Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.

38 Unabhängige Bildungseinrichtungen

39 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das
40 funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von
41 privaten Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere
42 dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne,

1 Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von
2 Bildungseinrichtungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen
3 allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für
4 lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen
5 Stellung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter
6 Lehrmittelfreiheit.

7 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft
8 verpflichtet sein. Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen!
9 Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

10 Kooperationsverbot abschaffen!

11 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und
12 mangelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem;
13 der Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der
14 Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung
15 sicherzustellen, genügen die finanziellen Mittel der Länder nicht. Daher muss
16 der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um eine fortschrittlichere
17 Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das Kooperationsverbot für den
18 gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

19 Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten

20 Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von
21 einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb
22 zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb.
23 Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und
24 Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die
25 Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen
26 sich nicht an Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt
27 werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss
28 der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich
29 eingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung
30 lehnen wir ab!

31 Kommunen besser finanzieren

32 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken,
33 staatliche Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und
34 den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem
35 müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um
36 Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und
37 marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein
38 Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in
39 ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können
40 strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.

41 Inklusive Bildung ermöglichen

42 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der
43 Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie

1 insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und
2 überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle
3 Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen
4 barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten,
5 müssen entsprechend geschult werden.

6 Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht
7 gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen
8 oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur, wenn
9 Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher
10 Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens
11 miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte
12 privater Schulen können überprüft und übernommen werden.

13 Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

14 Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht
15 es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die
16 hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt,
17 um BezieherInnen niedriger Einkommen durch Ausweitung kostenlose
18 staatlicher Leistungen, gezielter Sozialpolitik und
19 Infrastrukturdienstleistungen zu niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig.
20 Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss
21 staatlich und solide sein, denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer
22 Gesellschaft.

23 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie
24 ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet
25 für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende
26 Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen
27 Bildungsausgaben verschwindend gering.

28 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand
29 geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

30

31

32

33

34

35

36

37

38

1 Von: Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand
2
3 An: Juso-Bundeskongress zur Weiterleitung an
4 Mandatsträger*innen auf Landes- und Bundesebene, SPD-
5 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

6 **A 9 "Europabildung an der Schule" endlich umsetzen**

7
8 Die SPD im Bundes- und Landtag, sowie in Regierungsverantwortung, setzt
9 sich für eine sofortige und umfassende Umsetzung der KMK-Empfehlung
10 "Europabildung in der Schule" vom 8. Juni 1978, in der Fassung vom 5. Mai
11 2008, ein. Die Umsetzung der Empfehlung muss durch Berichterstattungen
12 überprüft werden.

13
14 Bereits 1978 hat die Kultusminister_innenkonferenz einen bis heute gültigen
15 Beschluss erlassen und 1990 und 2008 sogar noch bestätigt und
16 überarbeitet. Sie empfiehlt unter anderem, auch in Fächern wie Mathematik
17 und Deutsch, "auf aktive Beiträge zur Förderung des europäischen
18 Bewusstseins" nicht zu verzichten, in der Lehrer*innenaus- und
19 Weiterbildung mehr auf Europa einzugehen, und den bilingualen Unterricht
20 zu fördern.

21
22 Deswegen fordern wir die Genoss*innen in den Landtagen, in den
23 Landesregierungen, im Bundestag und in der Bundesregierung dazu auf, die
24 KMK-Beschlüsse endlich umzusetzen und dem europäischen Projekt den
25 Platz in den Lehrplänen einzuräumen, den es verdient.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

1 **G Gleichstellung, Feminismus und Gender**

2
3 Von: Frauenkommission Jusos Bayern

4
5 An: Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag,
6 SPD-Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

7 **G 1 Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!**

8
9
10 Frauen* verdienen weniger als Männer*. Der Equal Pay Day macht jedes
11 Jahr im März darauf aufmerksam. Doch zusätzlich zum statistisch
12 magereren Geldbeutel müssen Frauen* für viele alltägliche Produkte und
13 Dienstleistungen deutlich mehr bezahlen als Männer*. Kosmetika, Rasierer,
14 Reinigung, Friseur*in - all dies kostet durchschnittlich 17 - 40 % mehr in der
15 „Frauen-Variante“, wie eine Recherche der Verbraucherzentrale Hamburg
16 von 2015 ergab. Dieser Aufschlag wird auch „pink tax“ genannt, auch wenn
17 es sich hierbei um keine Steuer im eigentlichen Sinn handelt, sondern um
18 reine Willkür der Produzent*innen. In vielen Fällen ist kein plausibler Grund
19 für den erhöhten Preis erkennbar, außer einer anderen Farbgestaltung.
20 Durch den Kauf von "Männerprodukten" lässt sich dies zum Teil umgehen.
21 Geschlechtsneutrale Produkte hingegen werden meist aber nur in teuren,
22 anti-allergenen Varianten verkauft, und die meisten in unserer Gesellschaft
23 sozialisierten Frauen* möchten nicht gerne nach mit Männern* assoziierten
24 Duftstoffen riechen, weshalb Frau* kaum um den Griff nach dem teureren
25 „Frauenprodukt“ herumkommt.

26
27 Ein formales Verbot voneinander abweichender Preise widerspricht dabei
28 auch für essentiell identische Produkte in unterschiedlicher Aufmachung
29 prinzipiell den Grundregeln unserer Wirtschaftsordnung.

30
31 Dies kann allerdings nicht mehr gelten, wo ein entsprechend gestaltetes
32 Branding zu einer Verbraucher*innentäuschung hinsichtlich der Nützlichkeit
33 oder Verwendbarkeit des im Wesentlichen identischen Produktes führt. Da
34 der dadurch hervorgerufene Schaden bei Konsument*Innen durch diese
35 Geschäftspraktiken in jedem einzelnen Fall unerheblich, in der
36 Gesamtbetrachtung für die Produzent*innen jedoch hochgradig lukrativ ist
37 und gleichzeitig keine staatliche Instanz eine „Genehmigung“ der
38 Verkaufspreise in Zwischen- und Einzelhandel vornehmen kann, fordern wir
39 die Einführung eines Verbandsklagerechts der anerkannten
40 Verbraucher*innenschutzorganisationen zur Bekämpfung dieser Art von
41 Verbrauchertäuschung.

42
43
44 Hinzu kommt die schwer durchschaubare Gesetzgebung bei der
45 Mehrwertsteuer. Als diese in ihrer heutigen Form 1968 eingeführt wurde,
46 schuf man den ermäßigten Steuersatz, um die Grundversorgung für
47 Geringverdiener*innen am Existenzminimum erschwinglich bleiben zu
48 lassen.

49
50 Dieser sollte für „bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ gelten,
51 was aber auch Sport, Kultur und öffentlichen Nahverkehr einschloss.
52 „Mehrwertsteuer – auf Tampons, Binden, Toilettenpapier und alle anderen
53 Hygieneartikel dagegen 19%. Diese Güter zählen nach Ansicht des
54 Gesetzgebers bisher nicht zu den Voraussetzungen einer dem Elend
55 enthobenen Existenz.

1 Eine Frau*, insbesondere eine geringverdienende, wird also ihr Leben lang
2 mehr Ausgaben haben als ein Mann* in derselben Situation, denn selbst
3 wenn sie bei den Rasierern noch zwischen blau und pink wählen kann, am
4 Kauf von Hygieneartikeln für die Menstruation, beispielsweise Binden,
5 Tampons und Menstruationstassen, kommt sie nicht vorbei. Für diese
6 Produkte arbeitet eine Frau* in ihrem Leben laut einer britischen Studie im
7 Schnitt 38 Tage.

8
9 Der Zyklus von Frauen* ist nicht immer vorhersehbar. Eine Frau* im
10 öffentlichen Raum kann daher davon überrascht werden und wenn sie*
11 währenddessen nicht genügend Geld hat, um sich die passenden
12 Hygieneartikel zu kaufen, so führt das unweigerlich bei sehr vielen Frauen*
13 zu Scham. Auf öffentlichen Toiletten gehört das Toilettenpapier zum
14 natürlichen Bedarf jedes Menschen. Eine Frau* hat eben auch den
15 natürlichen Bedarf zu genau diesen Hygieneartikeln, daher sollten zumindest
16 Binden bzw. Tampons kostenlos angeboten werden.

17
18 Wir fordern deshalb:

- 19 • die Schaffung eines Verbandsklagerechts für
20 Verbraucher*innenschutzorganisationen zur Eindämmung
21 ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im Wesentlichen
22 identische, aber unterschiedlich „gegenderte“ Produkte des/der
23 gleichen Hersteller*in.
24
25
- 26 • ein Verbot von nicht begründbaren Preisaufschlägen auf Produkte für
27 Frauen*, für die es ein ähnliches Männerprodukt gibt
28
- 29 • das Herabsetzen der Mehrwertsteuer für Hygieneartikel für die
30 Menstruation, damit Frauen* nicht durch die Mehrwertsteuer einer
31 Mehrbelastung ausgesetzt sind. Damenhygieneartikel sind Waren
32 des täglichen Bedarfs und kein Luxusgut, deshalb dürfen sie nicht
33 steuerlich wie ein solches behandelt werden
34
- 35 • zumindest kostenlose Binden oder Tampons in öffentlichen Toiletten.
36

37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

1 **G 5 Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen**

2

3 Von: JSAG über Landesvorstand

4 An: Landesparteitag der BayernSPD, BayernSPD-Landtagsfraktion

5

6 Die Jusos Bayern und die BayernSPD setzen sich dafür ein, dass landesweit
7 Beratungsstellen für junge LGBTIQ*-Menschen eingerichtet werden.

8 Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll dafür eine sozialpädagogische
9 Halbtagsstelle im Landratsamt einrichten, die aus Landesmitteln finanziert
10 werden soll. Die Beratungsstelle verfolgt im Landkreis zwei zentrale
11 Aufgaben:

- 12 • Referieren an Schulen über sexuelle Vielfalt und Orientierungen um
13 Aufklärungsarbeit zu leisten und Vorurteile abzubauen
- 14 • Persönliche Beratungsstunden mit jungen LGBTIQ*, um sich deren
15 Probleme anzunehmen und Lösungsansätze zu finden

16 In Großstädten (über 100.000 Einwohner) soll die Halbtagsstelle auf eine
17 Ganztagsstelle erweitert werden. Sollte es bereits vergleichbare Strukturen
18 geben, wie zum Beispiel in München oder Nürnberg, sollen diese gefördert
19 werden und die Kosten vom Freistaat übernommen werden.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

1 I Inneres, Justiz und Verbraucherschutz

2
3 An: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag,
4 SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament
5

6 I 2 Verbraucherschutz in CETA erhalten

7
8 Wir Jusos standen und stehen noch immer CETA sehr kritisch gegenüber.
9 Obgleich wir davon überzeugt sind, dass unsere roten Linien im
10 Vertragswerk überschritten wurden, entschied sich der Parteikonvent der
11 SPD für weitere Verhandlungen und somit de facto für das
12 Freihandelsabkommen mit Kanada. Auch wenn wir mit diesem Ergebnis
13 mehr als unzufrieden sind, müssen wir diesen innerparteilichen Beschluss
14 hinnehmen. Doch damit ist nicht das Ende unserer Arbeit erreicht. Vielmehr
15 gilt es nun darauf hinzuwirken, dass die versprochenen
16 Nachverhandlungen auch stattfinden und Nachbesserungen in unserem
17 Sinne, also im Sinne unserer Grundwerte, erreicht werden. In der Tat gibt
18 es einige Themen hinsichtlich welcher, aus unserer Sicht, nachgearbeitet
19 werden muss. Für einen Anfang wollen wir im Folgenden den im
20 öffentlichen Diskurs häufig erwähnten Verbraucherschutz herausgreifen.

21 Die Jusos fordern die SPD auf Bundes- und Europaebene dazu auf, in den
22 Nachverhandlungen zu CETA das Vorsorgeprinzip zum Maßstab des
23 Umwelt- und Verbraucherschutzes zu machen.
24

25 Das Vorsorgeprinzip ist ein Kernelement der europäischen Gesundheits-
26 und Umweltpolitik, und unter anderem in Art. 191 Para. 2 des Vertrages über
27 die Arbeitsweise der Europäischen Union festgeschrieben. Durch
28 Verordnungen und Fallrecht ist es in der EU zumindest einigermaßen
29 gefestigt. Das Vorsorgeprinzip erlaubt es und erfordert es, endgültige
30 regulatorische Entscheidungen nicht nur auf der Grundlage
31 wissenschaftlicher "Fakten" zu treffen. Es unterscheidet sich vom
32 nordamerikanischen Wissenschaftsprinzip. Nach diesem darf es nur beim
33 eindeutigen, wissenschaftlich erwiesenen Vorliegen von einem kausalen
34 Gefährdungszusammenhang zu endgültigen regulativen Entscheidungen
35 kommen. Bei einem vermuteten, aber nicht erwiesenen (oder nicht
36 erweisbaren) Vorliegen einer Gefährdung durch ein Produkt dürfen unter
37 dem Wissenschaftsprinzip nur vorläufige Entscheidungen getroffen werden.
38 Beispiele für Fälle, in denen das Vorsorgeprinzip in der Europäischen Union
39 Anwendung findet sind Chemikalien, die das Hormonsystem stören (sog.
40 Endokrin disruptoren) und Nanotechnologie. Obwohl im Fall der
41 Endokrin disruptoren sehr hohe Wahrscheinlichkeiten für eine Gefährdung
42 vorliegen, und deshalb z.B. Bisphenol A in der Herstellung von Trinkflaschen
43 für Säuglinge verboten wurde, können diese Gefährdungen aus
44 methodologischen Gründen nur schwer nachgewiesen werden.
45

46 Im jetzt vorliegenden Vertragstext von CETA wird kein Bezug auf das
47 Vorsorgeprinzip genommen. Stattdessen wird in den entsprechenden
48 Kapiteln auf die WTO SPS (sanitary and phytosanitary measures) und TBT
49 (technical barriers to trade) Agreements verwiesen. Den Entscheidungen der
50 Welthandelsorganisation liegt jedoch regelmäßig das nordamerikanische
51 Wissenschaftsprinzip zugrunde, wie sich gut an den Beispielen
52 "Hormonfleisch" und "genverändertes Saatgut" festmachen lässt. In beiden

1 Fällen unterlag die Union vor einem Schiedskomitee der
2 Welthandelsorganisation. Sowohl *equivalence of standards* (SPS) als auch
3 *mutual recognition* (TBT) spielen eine große Rolle im geplanten Abkommen;
4 danach kann ein Produkt im jeweils anderen Land verkauft werden, da ein
5 gleichwertiges Schutzniveau angenommen wird. Diese Annahme ist aber
6 sachlich falsch, weswegen ein Abkommen ohne kompromisslose
7 Durchsetzung des Vorsorgeprinzips den geltenden Schutzstandard
8 aushöhlen würde.

9 Dass es sich bei dem Vorsorgeprinzip um ein sensibles Thema handelt, zeigt
10 die Verhandlungsstrategie der Kommission. Um auf die Verhandlungen zu
11 TTIP und CETA Rücksicht zu nehmen verzögert die Kommission dringend
12 notwendige Beschlusslagen zu Endokrindisruptoren. Darüber hinaus hat sie
13 bereits Bereitschaft signalisiert, Grenzwerte von Pestiziden zu erhöhen. In
14 beiden Fällen begeht die Kommission Wortbruch im Hinblick auf ihr
15 Versprechen, dass das in der EU geltende Niveau des Verbraucher-,
16 Gesundheits-, und Umweltschutzes nicht abgesenkt werde.
17

18
19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

1 **M Migration, Integration, Flucht und Asyl**

2 Von:Oberpfalz

3 An: Juso-Landeskonferenz

4 **M 2 Integration erfolgreich gestalten! Änderungen im** 5 **Integrationsgesetz des Bundes und des Freistaats Bayern**

6

7 1. Zum Integrationsgesetz des Bundes

8 Das neue Integrationsgesetz des Bundes sieht zahlreiche Änderungen im
9 Asylbewerberleistungsgesetz, im Aufenthaltsgesetz und Asylgesetz sowie in
10 der Sozialgesetzgebung vor. Einige davon sind unterstützenswert und
11 wirken unserer Meinung nach positiv auf eine gelingende Integration hin -
12 andere hingegen haben negative Auswirkungen auf den Integrationsprozess
13 und schlagen in die Kerbe des derzeit herrschenden Rechtspopulismus. Sie
14 sind daher zu korrigieren, wie nachfolgend aufgezeigt wird:

15 Integrations- und Sprachkurse Das Integrationsgesetz sieht in diesem für die
16 Integration wichtigen Bereich vor, das Angebot an Integrations- und
17 Sprachkursen auszubauen und durch mehr Geld aus dem Haushalt die
18 Gehälter der Deutschlehrer*innen in den Integrationskursen zu verbessern.
19 Dies begrüßen wir sehr! Allerdings wird parallel zu den Ausgaben für
20 Gehälter der Dozent*innen das Angebot an Alphabetisierungskursen nicht
21 aufgestockt. In vielen Fällen können die Integrations- und Sprachkurse
22 jedoch erst begonnen werden, wenn eine Alphabetisierung erfolgreich
23 vorgeschaltet worden ist. Momentan müssen Geflüchtete viele Monate auf
24 den Beginn eines Kurses warten und verlieren so wichtige Zeit für ihr
25 Einfinden in die Gesellschaft. Alphabetisierung erfolgt sodann oft organisiert
26 durch die Helfer*innenkreise. Diese Kurse werden aber nicht vom
27 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BamF) finanziert. Hier ist unserer
28 Meinung nach aber der Staat gefragt, seiner Aufgabe nachzukommen, nicht
29 die freiwilligen Helfer*innen vor Ort. Ferner sind noch immer die
30 Zulassungsvoraussetzungen für neue Sprachlehrer*innen sehr hoch. So
31 werden bspw. Zertifikate wie die des Goethe-Instituts vom BamF nicht
32 anerkannt. Mithin sind diese Dozent*innen durch die Träger (VHS, Bfz, etc.)
33 nicht einsetzbar. Hier fordern wir eine praktikable Lösung, um den Bedarf der
34 Sprachkurse zu decken.

35 Bisher wurden Integrationskurse lediglich bis Sprachniveau B1 vom BamF
36 finanziert. Für den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung, Aufnahme
37 einer Arbeit als Fachkraft oder die Aufnahme eines Studiums ist jedoch die
38 Erlangung des Sprachniveau B2/C1, für ein Studium sogar C2, notwendig.
39 Die neue Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung
40 behebt die bislang bestehende Finanzierungslücke. Dies begrüßen wir. Wir
41 fordern aber auch seine rasche Umsetzung. Bisher müssen die Geflüchteten
42 die Kurse selbst finanzieren, was bei einer Höhe von ca. 2.000 Euro für viele
43 nicht zu stemmen ist. Folglich entscheiden sich viele motivierte und
44 qualifizierte Kräfte für eine Helfer*innentätigkeit, anstatt eine Ausbildung zu

1 absolvieren oder ein Studium aufzunehmen bzw. fortzuführen. Für uns Jusos
2 ist klar: Bildung muss kostenlos sein und dies fordern wir auch für die
3 Menschen, die aus den Krisengebieten dieser Welt zu uns fliehen.

4 Sanktionen Wir Jusos kritisieren zudem, dass Asylbewerber*innen aus den
5 sog. sicheren Herkunftsländern - wie etwa dem Balkan - von den
6 Förderleistungen ausgeschlossen werden. Geflüchtete dürfen nicht in solche
7 erster und zweiter Klasse unterteilt werden! Ferner verurteilen wir Jusos
8 scharf, dass gleichzeitig mit dem Ausbau der Mittel der Arbeits- und
9 Sprachförderung Sanktionen angedroht werden, wenn die Geflüchteten die
10 Angebote ausschlagen. Das Integrationsgesetz fordert von den zu uns
11 gekommenen Menschen, die Angebote zur schnellen Integration in den
12 Arbeitsmarkt anzunehmen. Sollten Sie dies nicht tun, drohen ihnen
13 Sanktionen in Form der Kürzung der Asylbewerber*innenleistungen oder
14 der Grundsicherung. Auch anerkannten Asylbewerber*innen kann deshalb
15 das Daueraufenthaltsrecht verweigert werden. Ein solches Vorgehen fördert
16 nicht die Integration, sondern die Stigmatisierung der Geflüchteten. Zudem
17 greift das Integrationsgesetz hier viel zu kurz. So werden zum Beispiel
18 Sanktionen angedroht, wenn Geflüchtete Integrationskurse nicht besuchen.
19 Dabei gibt es mancherorts gar nicht genügend Angebote. Wer jedoch nicht
20 in der Lage ist, genügend Integrationskurse anzubieten, der sollte nicht über
21 Sanktionen reden für den Fall, dass jemand einen Integrationskurs nicht in
22 Anspruch nimmt.

23 Wohnsitzauflage Ferner kritisieren die Jusos die Aufnahme einer
24 Wohnsitzauflage i.R.d. geänderten Aufenthaltsgesetzes. Die darin
25 enthaltene Stichtagregelung (01.01.2016) ist willkürlich. Die Auflage wirkt
26 ausgrenzend und fördert in keiner Weise die Integration. Laut Gesetzgeber
27 soll die Bildung oder Verfestigung einseitiger Bewohner*innenstruktur
28 verhindert werden. Aus

29 Sicht der Jusos gelingt Integration jedoch nicht durch Fremdbestimmung,
30 sondern durch Arbeit und Bildung. Anstatt Wohnsitzauflagen, die aufgrund
31 des herrschenden Wohnungsmangels ohnehin nicht realisierbar sein
32 werden, sollte sich der Gesetzgeber vielmehr auf den Ausbau des sozialen
33 Wohnungsbaus konzentrieren! Eine Wohnsitzauflage unterstellt den
34 Geflüchteten lediglich ungerechtfertigtermaßen Integrationsunwille!

35 Arbeit und Ausbildung Das Integrationsgesetz fördert den schnellen Zugang
36 zum Arbeitsmarkt und die Integration durch Arbeit. Der Weg in eine
37 Berufsausbildung wird durch eine gezieltere Förderung und mehr
38 Aufenthaltssicherheit eröffnet. Erstmals findet sich durch die Änderung des
39 Dritten Sozialgesetzbuches eine Regelung, wonach Geflüchtete für die
40 Dauer der Ausbildung ein Bleiberecht zukommt. Weder Geflüchtete noch
41 Arbeitgeber*innen müssen damit künftig befürchten, dass die Ausbildung im
42 Verlauf abgebrochen wird und eine Abschiebung ins Heimatland erfolgt.
43 Damit wird mehr Sicherheit und eine Zukunftsperspektive gerade für junge
44 Geflüchtete geschaffen und für Arbeitgeber*innen der Anreiz erhöht, endlich
45 mehr Geflüchteten einen Ausbildungsplatz anzubieten. Diese gesetzliche
46 Festschreibung haben wir lautstark und lange gefordert und begrüßen wir
47 sehr. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (AGH) und damit eines

1 zweiten parallelen Arbeitsmarktes jedoch lehnen wir entschieden ab!
2 Integration gelingt am besten u.a. durch Arbeit. Dazu müssen die
3 Geflüchteten schnell an den Arbeitsmarkt und an eine Ausbildung
4 herangeführt werden. Gerade angesichts von Auszubildenden mit noch zu
5 geringen Sprachkenntnissen muss daher das Angebot an
6 Einstiegsqualifizierungen (EQ) ausgebaut werden, in denen die künftigen
7 Auszubildenden an den Arbeitsmarkt und den/die spätere/n Arbeitgeber/in
8 herangeführt werden und gleichzeitig weiter Sprachkenntnisse,
9 insbesondere Fachsprache, erwerben. Die betriebliche
10 Einstiegsqualifizierung beinhaltet ein betriebliches Langzeitpraktikum von
11 mind. 6 bis max. 12 Monaten im künftigen Ausbildungsbetrieb
12 (Vergütungspflicht nach § 26 BBiG). Sie dient der Vermittlung von
13 Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Nur so können
14 Geflüchtete an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Durch AGHs
15 werden die Geflüchteten hingegen auf einem zweiten, parallelen AM
16 "geparkt".

17 Hinsichtlich des Bundes-Integrationsgesetzes fordern wir daher:

18 • Eine Lockerung der Zulassungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für
19 Alphabetisierungs- und Integrationskurse. Eine rasche Umsetzung der
20 Öffnung der Sprachkursfinanzierung auch für berufsbezogene Sprachkurse
21 (Sprachniveau B 2 und höher) im Zuge der Änderung der Verordnung über
22 die berufsbezogene Deutschförderung

23 • Einen Rechtsanspruch für Geflüchtete auf Integrationskurse

24 • Die Einführung einer finanzierten Kinderbetreuung während der
25 Sprachkurszeiten durch das BamF sowie den Ausbau des allgemeinen
26 Kinderbetreuungsangebots und des Angebots der frühkindlichen Erziehung

27 • Die Öffnung des Sprachangebotes und der sonstigen Fördermöglichkeiten
28 auch für Asylbewerber*innen aus den sog. sicheren Herkunftsländern wie
29 etwa dem Balkan

30 • Den Ausbau von Schulklassen für Geflüchtete an Berufsschulen und
31 allgemeinbildenden Schulen und eine Aufstockung der Lehrer*innen

32 • Die Abschaffung aller Sanktionsmöglichkeiten. Sie führen zu einer
33 ungerechtfertigten Vorverurteilung und sind aus Sicht des Grundgesetzes für
34 uns Jusos nicht hinnehmbar!

35 • Die Erhöhung des Angebots für Einstiegsqualifizierungen • Den Ausbau
36 des sozialen Wohnungsbaus, um bezahlbaren Wohnraum für alle
37 Bürger*innen zu schaffen

38 2. Zum Entwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz Neben dem
39 Integrationsgesetz des Bundes hat auch die CSU ein Integrationsgesetz für
40 Bayern entworfen. Mit diesem Entwurf schlägt die CSU leider genau die
41 verkehrte Richtung ein und legt einen Gesetzestext vor, in dem Vorurteile
42 und Vorbehalte gegenüber Geflüchteten den Ausgangspunkt für gesetzliche

1 Regelungen bilden. Die Willkommenskultur in Bayern, die sich nicht nur am
2 Hauptbahnhof in München, sondern in vielen Städten und Gemeinden mit
3 den zahlreichen Vereinsaktionen und Helfer*innen vor Ort gezeigt hat, wird
4 mit dem in dem Gesetzentwurf anklingendem Ton vom Tisch gewischt - von
5 gegenseitiger Toleranz und Rücksichtnahme ist darin zu wenig zu lesen,
6 sondern eine fehlende Integrationsbereitschaft der Geflüchteten bildet seine
7 Grundannahme.

8 An dem Begriff "Leitkultur" wird im Gesetzentwurf versucht, einen
9 Wertesystem-Komplex zu verpacken, der durch die Regelungen gewahrt
10 werden soll. Unterschwellig wird auf diese Weise vermittelt, dass dieser in
11 Gefahr sei. Federführend bei dem Gesetzentwurf zeigt sich das konservative
12 Motto "So wie es ist, so soll es bleiben", während über die Chancen von
13 Vielfalt und kulturellem Austausch kein Wort verloren werden.
14 Selbstverständlich muss auch von Geflüchteten gefordert werden, die Werte
15 der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes während ihres
16 Aufenthalts zu achten. Die Mahnung zur Achtung einer schwammig
17 definierten und aus zahlreichen Dimensionen (geschichtliches Verständnis,
18 Verständnis der Werte von Traditionen, zwischenmenschliches Verständnis
19 etc.) zusammengesetzten "Leitkultur" ist jedoch überflüssig und lehnen wir
20 ab.

21 Weiterhin sind dem Gesetzesentwurf nur wenig konkrete Maßnahmen zu
22 entnehmen. Vieles bleibt offen oder wird - wahrscheinlich bewusst - nicht
23 ausreichend erläutert. Beispielsweise wird das Personal in
24 Kindertageseinrichtungen als dafür verantwortlich genannt, den
25 "besonderen Anforderungen von Kindern aus Migrantenfamilien und Kindern
26 mit sonstigem Sprachförderbedarf Rechnung" zu tragen. Maßnahmen, wie
27 das KiTa-Personal dabei unterstützt wird, fehlen aber im Entwurfstext.
28 Weiterhin wird im Gesetzentwurf zwar anerkannt, dass viele Vereine und
29 Verbände wichtige Integrationsarbeit leisten, aber es wird nicht erläutert, wie
30 diese Maßnahmen künftig von staatlicher Seite unterstützt werden. Bei der
31 Forderung des Erwerbs der Deutschen Sprache werden die
32 Unterstützungsmaßnahmen, die von staatlicher Seite angeboten werden,
33 nicht konkretisiert, aber die Sanktionen für Geflüchtete, die das
34 entsprechende Sprachniveau selbstverschuldet - wobei auch dies nicht
35 näher konkretisiert und somit offen bleibt - nicht erreichen, werden
36 umfassend erläutert.

37 Maßnahmen zur allgemeinen Integrationsförderung, etwa Angebote zur
38 politischen Bildung oder zu landesspezifischen Umgangsformen, unterliegen
39 einem Haushaltsvorbehalt. Hier versäumt es die Staatsregierung, ein
40 dauerhaftes Konzept zur allgemeinen Integrationsförderung vorzulegen.
41 Deutschland und auch Bayern sind bereits Migrationsland - blickt man auf
42 die Krisenherde dieser Welt, auf die zunehmenden Naturkatastrophen und
43 Umweltschädigungen ganzer Landstriche, so ist klar, dass viele Menschen
44 künftig auf der Flucht sein werden. Eine langfristige und durchfinanzierte
45 Strategie muss hierauf antworten, die mit einer systematischen Anpassung
46 z.B. der Lehrer*innenausbildung, der Schulung in Verwaltungen und
47 Behörden und der Polizei einhergeht. Integrationsmaßnahmen wie

1 Schulungen in politischer Bildung oder landesspezifischer bzw.
2 interkultureller Kompetenz dürfen nicht dem Rotstrich des Haushalts
3 unterliegen. Wir fordern vielmehr einen Rechtsanspruch für Geflüchtete auf
4 allgemeine Integrationsmaßnahmen.

5 Was die CSU mit ihrem vorgelegten Gesetzentwurf weitgehend ausblendet,
6 ist die Integrationsarbeit an den hier lebenden Menschen. Gelingende
7 Integration ist keine Einbahnstraße, sondern muss neben den Menschen,
8 die hierher kommen auch von den

9 Menschen, die hier bereits leben - oder eben auch schon immer gelebt
10 haben -, geleistet werden. Vor dem Hintergrund der massiv angestiegenen
11 Gewalttaten gegenüber Geflüchteten, der Anschläge auf
12 Flüchtlingsunterkünfte und angesichts einer enthemmteren Verlautbarung
13 rassistischer, völkischer, ausländerfeindlicher und antisemitischer
14 Äußerungen ist die Vermittlung von Toleranz, Menschenrechten und
15 Demokratieverständnis für die Gesellschaft insgesamt notwendig. Wir
16 fordern, das außerschulische Angebot zur Vermittlung dieser Werte zu
17 erhöhen, mehr finanzielle Mittel für die Arbeit gegen Rassismus
18 bereitzustellen und neue Kampagnen zum Thema Toleranz und Vielfalt zu
19 starten. Dieser Aspekt muss in einem Integrationsgesetz ebenfalls behandelt
20 werden, weshalb wir diese Ergänzung fordern.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 Von: Kommission Innen-Demokratie-Antifaschismus über Landesvorstand

2 An: Juso-Bundeskongress, SPD Landes- und Bundesparteitag

3

4 **M 3 Migration is A Human Right - Für ein progressives**
5 **Einwanderungsgesetz**

6

7 Die Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft, von Einwanderung,
8 gleichberechtigter Teilhabe und Integration aller gehört zu den großen
9 Zukunftsaufgaben. In der politischen Debatte mehren sich die Stimmen für
10 ein Einwanderungsgesetz. Wir Jusos fordern ein modernes
11 Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland und Europa
12 weiter abzuschotten. Ein solches Gesetz soll Anreize zur Einwanderung
13 schaffen und diese möglichst erleichtern und nicht dazu dienen den
14 Arbeitsmarkt zu "schützen". Es soll Menschen, die – aus welchen Gründen
15 auch immer – nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies
16 legal zu tun und dabei auch noch die größtmögliche Unterstützung bei der
17 Integration und dem Aufbau eines neuen Lebens geben. Wir sind der
18 Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und Integrationspolitik einen
19 Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf
20 Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen die hier Asyl suchen
21 möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert.

22 Vielmehr müssen Integrationshürden abgebaut und bedürfnisspezifische
23 Integrationsangebote geschaffen werden. Wir wollen ein
24 Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen
25 genügt. Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab,
26 das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines
27 Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen
28 geben.

29 Deutschland ist ein Einwanderungsland, das ist eine unbestrittene Tatsache.
30 Auf der einen Seite brauchen wir Einwanderung (und zwar nicht nur von
31 Hochqualifizierten) und auf der anderen Seite ist es die Pflicht einer
32 modernen Demokratie, allen die Möglichkeit zu geben in dieser zu leben.

33 Nichtsdestotrotz darf Immigration für Deutschland nicht nur aus Eigennutz
34 geschehen. Der Leitgedanke hinter jedem Einwanderungsgesetz sollte der
35 Wunsch nach einer offenen Gesellschaft, jenseits von Nationalitäten und
36 Abstammung sein. Wir wollen, dass Menschen einwandern können, weil es
37 ihnen etwas bringt - nicht, weil es wirtschaftlich sinnvoll ist. Zudem dürfen
38 bereits immigrierte Menschen hier nicht als Arbeitskräfte zweiter Klasse
39 behandelt werden. Dies gilt für Geflüchtete wie auch für Migrant*innen. Wer
40 hier arbeitet, genießt selbstverständlich auch alle Rechte, die
41 Arbeitnehmer*innen in Deutschland haben, völlig unabhängig von
42 Staatsangehörigkeit, Sprachkenntnissen oder Aufenthaltsdauer.

1 Selbiges muss natürlich auch für alle anderen Rechte gelten. Wer hier lebt,
2 muss beispielsweise auch hier wählen dürfen. Schließlich muss er*sie sich
3 auch an die hier geltenden Gesetze halten. Und es ist nun einmal Kern einer
4 jeden Demokratie, dass alle über die Gesetze mitentscheiden können.

5 Einwanderung ist in unseren Augen keine nationale Angelegenheit. Aus
6 diesem Grund ist in der Migrationspolitik eine Lösung auf europäischer
7 Ebene nötig. Die sogenannte Blue Card der Europäischen Union ist
8 gescheitert. Sie ist viel zu selektiv und baut sehr hohe Hürden auf. Liegt ein
9 deutscher, in Deutschland anerkannter oder gleichwertiger
10 Hochschulabschluss vor, und kann ein Arbeitsplatz bzw. ein
11 Arbeitsplatzangebot mit einem Jahreseinkommen von über 48.400 EUR
12 (37.752 EUR für Mangelberufe) nachgewiesen werden, so kann ein
13 befristeter Aufenthaltstitel erlangt werden.

14 Das entsprechende Einkommen entspricht einem Monatssalär von über
15 4000 EUR (über 3100 EUR für Mangelberufe). In die EU einzuwandern wird
16 dadurch sehr unattraktiv, weshalb sich die Anzahl der beantragten Blue
17 Cards sehr in Grenzen hält. Wir lehnen eine durch solche Hürden
18 geschaffene Zwei-Klassen-Einwanderung entschieden ab.

19 Innerhalb der Europäischen Union muss eine neue Debatte über die
20 Vorzüge und Chancen von Einwanderung in Gang gebracht werden. Ein
21 deutsches Einwanderungsgesetz kann als Grundlage für einen solchen
22 Diskurs dienen. Außerdem sollten sich die deutsche Bundesregierung im Rat
23 der Europäischen Union und die deutschen Abgeordneten im Europäischen
24 Parlament für eine Lösung auf EU-Ebene einsetzen.

25 WARUM WIR EIN PUNKTESYSTEM ABLEHNEN

26 Aufgrund von wirtschaftlichen Überlegungen wird aktuell ein Punktesystem
27 nach kanadischem oder australischem Vorbild als Grundlage für die
28 Einwanderung diskutiert. Auch die SPD-Bundestagsfraktion, vor allem in
29 Person Thomas Oppermann, favorisieren eine solche Variante. Doch
30 Einwanderung an Alter, Bildungsstand, Herkunft oder Arbeitsplatzzusage zu
31 knüpfen, lehnen wir entschieden ab.

32 Ein Einwanderungsgesetz nach unseren Vorstellungen darf Menschen nicht
33 nach der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft beurteilen. Denn zum einen
34 ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei Weitem nicht der einzige Grund,
35 warum Menschen nach Deutschland immigrieren wollen. Zum anderen
36 widerspricht die Beurteilung von Menschen nach ihrer ökonomischen
37 Verwertbarkeit unserem sozialdemokratischen Menschenbild. Der Glaube,
38 man könne Engpässe auf dem Arbeitsmarkt mit

39 restriktiver und begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken, ist
40 falsch und macht Menschen zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man
41 wie alle anderen Rohstoffe auch nach Belieben importieren bzw. exportieren
42 kann. Und gibt es plötzlich einen Überschuss in einer Berufsbranche, werden
43 Visa nicht verlängert, die Einreisehürden z.B. für Angehörige verschärft und
44 damit Familien auseinandergerissen und Lebenspläne zerstört. Und das
45 alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.

1 Unser Bild von Einwanderung kommt nicht der Wirtschaft zugute, sondern
2 dem Menschen. Wir möchten eine freie und offene Gesellschaft, an der
3 jede*r teilhaben kann, der*die das möchte. Abgesehen davon zementiert das
4 Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale Ungleichheit und
5 schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Migration ist immer
6 auch der Ausdruck von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und oft Folge der
7 verfehlten Außen- und Handelspolitik westlicher Industrienationen,
8 insbesondere auch Deutschlands. Doch es geht nicht nur um die
9 ökonomische Perspektive, sondern es gibt auch andere, persönliche
10 Gründe, die Menschen zum Ein- bzw. Auswandern bewegen. Ein
11 Wirtschaftssystem, das ausgelegt ist, die Armen ärmer und die Reichen
12 reicher zu machen, wird es allerdings nie schaffen eine menschenwürdige
13 Einwanderungspolitik zu gestalten.

14 Deshalb bleibt unser langfristiges Ziel die Überwindung von Nationalstaaten
15 und eine klassenlose, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Die Grenzen
16 Deutschlands und Europas müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur
17 für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der
18 dauerhaft in Deutschland leben möchte, sollte auch ein uneingeschränktes
19 Bleiberecht bekommen.

20 HÜRDEN ABBAUEN - EINWANDERUNG ERLEICHTERN

21 Für uns steht fest, wer in ein Land einwandern möchte, sollte das Recht und
22 die Möglichkeit dazu bekommen – unabhängig von Bildungsstand oder
23 ähnlichen Kriterien. Über die Entscheidung, wer und ob jemand nach
24 Deutschland einwandert oder nicht, liegt einzig und allein beim
25 Individuum selbst und nicht beim Staat. Weder Staat noch Wirtschaft
26 können über die Zukunft eines Menschen entscheiden. Im Gegenteil, wir
27 sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus
28 Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Ein solcher
29 Abzug wird begünstigt durch ein Einwanderungsgesetz, das aufgrund des
30 wirtschaftlichen Nutzens bewertet. Um die Möglichkeit zur
31 zwischenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu
32 fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust
33 erworbener Rechtspositionen ermöglichen.

34 Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den
35 jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden. Wer nach Deutschland
36 kommen darf und wer nicht, soll nicht von irgendwelchen Arbeitsverträgen
37 oder dem Bedarf in Mangelberufen abhängen. Vielmehr hat der Staat in
38 unseren Augen eine Verantwortung für alle hier lebenden Menschen
39 unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder der Zeitspanne, in der sie sich
40 hier aufhalten. Selbstverständlich bedarf es Regelungen, die darüber
41 entscheiden, wer Sozialleistungen bezieht und wer nicht. Doch dieses
42 Kriterium sollte die soziale Bedürftigkeit und nicht die eigene Herkunft sein.

43 Deshalb fordern wir gleiche Rechte für alle! Migrant*innen sollen ab dem
44 ersten Tag die gleiche mögliche finanzielle Unterstützung bekommen wie
45 deutsche Staatsbürger*innen, unabhängig vom Arbeits- bzw.
46 Ausbildungsvertragsstatus.

1 Das durch die Einwanderung erworbene Aufenthaltsrecht darf weder zeitlich
2 befristet, noch an Einschränkungen/Auflagen jeglicher Art geknüpft sein. Die
3 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die
4 Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend
5 und die finanziellen Belastungen durch Gebühren im
6 Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich
7 geregelt.

8 Berufs- und Hochschulabschlüsse aus dem Ausland müssen auch in
9 Deutschland anerkannt werden. Um im Zweifelsfall Bedenken aufgrund des
10 gleichen Niveaus aus der Welt schaffen zu können, werden freiwillige
11 Fortbildungskurse für alle Branchen angeboten. Fortbildungen, die für die
12 bisherigen Arbeitnehmer*innen verpflichtend waren, wie zum Beispiel
13 Hygiene- und Sicherheitsschulungen, sind auch für Neuestellte
14 verpflichtend. Die Arbeitgeber*innen sind an den Kosten dieser Kurse
15 angemessen zu beteiligen. Migrant*innen, die bereits ein Studium begonnen
16 haben, sollten dieses in Deutschland ohne Unterbrechung fortführen
17 können.

18 Um Migrant*innen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern,
19 sollen begleitende Maßnahmen geschaffen werden.

20 INTEGRATIONSANGEBOTE SCHAFFEN

21 Die jetzigen Zuwanderungsregeln sind zu komplex und machen die
22 Integration von Einwanderungswilligen sehr schwer. Neben formalen
23 Problemen sehen sich Einwanderwillige oft Rassismus und Diskriminierung
24 ausgesetzt. Strukturelle Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, zum
25 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen müssen
26 beseitigt werden. Dem könnte das anonymisierte Bewerbungsverfahren,
27 was für ein allgemein faireres Bewerbungssystem sorgen würde,
28 entgegensteuern. Zudem fordern wir für alle Menschen die gleichen Rechte
29 beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem. Das von uns
30 geforderte Einwanderungsgesetz, das zwar zunächst nur in die
31 bundesdeutsche Gesetzgebung einfließen würde, könnte allerdings auch als
32 Grundlage für ein europäisches Einwanderungsgesetz fungieren.

33 Gerade auch auf EU-Ebene sind die Regelungen sehr elitär und
34 ermöglichen nur hochqualifizierten und bestverdienenden Nicht-EU-
35 Bürger*innen den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Die in Anlehnung
36 an die US-amerikanische Green Card sogenannte Blue Card erfordert ein
37 konkretes Arbeitsplatzangebot, ein abgeschlossenes und anerkanntes
38 Hochschulstudium und ein bestimmtes Bruttojahresgehalt. Dadurch ist leider
39 der allergrößte Teil der potenziellen Einwanderer*innen von brauchbaren
40 Regelungen ausgeschlossen.

41 Integration ist ein dauerhafter Prozess, der mit dem Einreisewilligen beginnt
42 und nicht durch eine Prüfung gemessen werden kann oder beendet wird. Wir
43 betrachten die bisherigen Hürden nicht nur als Einwanderungs- sondern
44 auch als Integrationshindernis. Deshalb fordern wir eine Entschlackung des
45 bürokratischen Prozesses, um nicht den Einwanderungs- und

1 Integrationswillen zu brechen und um die Integration von Migrant*innen
2 bestmöglich zu erleichtern. Es braucht ein integrationspolitisches
3 Gesamtkonzept, das sowohl Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache
4 und Maßnahmen zur Eingliederung in das Bildungs- und
5 Beschäftigungssystem beinhaltet, als auch Initiativen zur Förderung der
6 Akzeptanz in der Bevölkerung und der Bekämpfung von Rassismus.

7 Zu den notwendigen Integrationsangeboten für die Einwanderer*innen
8 gehören u.a. eine umfassende Integrationsberatung, eine
9 sozialpädagogische Begleitung und eine Kinderbetreuung für die Dauer der
10 Integrationsmaßnahmen, als auch Basis- und Aufbausprachkurse. Ziel muss
11 es sein, soziale und gesellschaftliche Benachteiligungen zu bekämpfen und
12 eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

13 Ein Einwanderungsgesetz muss also demzufolge einen Rechtsanspruch auf
14 Integrations- und Sprachkurse beinhalten, um jedem*jeder dieses Angebot
15 bieten zu können, sind diese Kurse kostenfrei zu gestalten. Dafür ist natürlich
16 auch ein Bemühen der deutschen Behörden erforderlich, denn Integration ist
17 keine Einbahnstraße und kann nicht von den Einwanderer*innen allein
18 gestemmt werden. Es bedarf einem breiten Ausbau der Integrationskurse,
19 Investitionen in die Ausbildung von Deutschlehrer*innen, Weiterentwicklung
20 von erfolgreichen Integrationsmodellen u.v.m.

21 Die bisherigen Möglichkeiten nach Deutschland einzuwandern sind sehr
22 komplex und schwer zu durchschauen. Für viele gibt es nur eingeschränkte
23 Möglichkeiten für eine langfristige Bleibeperspektive. Angesichts
24 verschiedenster Aufenthaltstitel fehlt es an Klarheit und Transparenz,
25 weshalb es dringend rechtliche Verbesserungen braucht. Denn Deutschland
26 ist ein Einwanderungsland und muss dies auch endlich so kommunizieren.
27 Also müssen Erleichterungen auch klar nach außen beworben werden,
28 damit jede und jeder, der oder die nach Deutschland einwandern will, auch
29 über die eigenen Rechte Klarheit bekommt.

30 Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach
31 Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Es soll
32 inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die
33 Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären.

34 Das Problem der Entstehung von Parallelgesellschaften sehen wir als nicht
35 gegeben an. Wir lehnen die Vorstellung einer Mehrheitsgesellschaft und
36 einer dazu gehörigen Leitkultur ab, da sich die Gesellschaft aus diversen
37 parallel existierenden Milieus konstituiert.

38 Die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft empfinden wir als
39 ungerecht und überholt. In einer modernen, multikulturellen Gesellschaft
40 sollten Staatsbürgerschaften keine Rolle mehr spielen. Alle Menschen, die
41 in Deutschland leben, sollten auch hier wählen dürfen. Nach der Ummeldung
42 des Wohnsitzes innerhalb Deutschlands darf man nach drei Monaten an den
43 Wahlen teilnehmen. Diese Regelung sollte auch für die Einwanderer*innen
44 aus dem Ausland gelten. Wir fordern das uneingeschränkte Wahlrecht für
45 alle Menschen!

1 REFUGEEES WELCOME - GEGEN KAPITALISTISCHE
2 VERWERTUNGSLOGIK

3 In den letzten Wochen und Monaten beherrschte die Debatte über Personen
4 mit Fluchthintergrund unsere Nachrichten. Während sich die Politik über die
5 notwendigen Bedingungen für das Erlangen des Flüchtlingsstatus zerstritt,
6 populistische Rufe nach Grenzschießung die Runde machten und
7 Forderungen nach einer Obergrenze oder Flüchtlingskontingenten bis hin in
8 die politische Mitte wucherten, wurde die humanitäre Notwendigkeit der Hilfe
9 für Menschen auf der Flucht gänzlich außer Acht gelassen. Stattdessen
10 plädierten Politiker*innen, insbesondere der Union aber auch der
11 Sozialdemokratie, für die Vergabe des Asylstatus nach dem
12 Windhundverfahren und machten damit aus einem Asylrecht auf Basis des
13 Menschenrechts ein Asylrecht auf Basis des Glücksspiels. Das Recht auf
14 Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter
15 angetastet werden.

16 Außerdem fordern wir die Rücknahme, der Asylrechtsverschärfungen und
17 damit die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl.
18 Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen
19 den Schutz von Geflüchteten und humanitäre Pflichten ausgespielt werden.
20 Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine
21 Rolle spielen.

22 WIR FORDERN:

23 - ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht dazu beiträgt Deutschland
24 und Europa weiter abzuschotten

25 - Sozialleistungen auch für Migrant*innen ab dem ersten Tag - die gleichen
26 Rechte für Migrant*innen beim Zugang zu Arbeitsmarkt und
27 Gesundheitssystem

28 - schnelle und unbürokratische Möglichkeiten der Einwanderung - das
29 uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland leben -
30 die Anerkennung bzw. Anrechnung von ausländischen (Hochschul-
31)Abschlüssen in Deutschland

32 - ein ausreichendes Angebot an freiwilligen Fortbildungskursen,
33 Integrationsberatungen, sozialpädagogischer Begleitung, Kinderbetreuung
34 für die Dauer von Integrationsmaßnahmen, Basis- und Aufbausprachkursen

35 - die Rücknahme, jeglicher Asylrechtsverschärfungen und damit die
36 Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf Asyl

37 - ein Einwanderungsgesetz, das unseren sozialdemokratischen
38 Ansprüchen genügt

39

1 **W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern und**
2 **Kapitalismuskritik**

3
4 Von: Mittelfranken

5 An: BayernSPD, SPD Bund, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, S&D
6 Fraktion

7 **W 1 Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP**
8 **sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu**
9 **wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!**

10

11 Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil sie
12 keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkommen und
13 Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftsländern
14 zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir Jusos unsere Kritik an den
15 Freihandelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern
16 dieselben Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen
17 Staaten anzulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische
18 Wirtschaftspolitik, die nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer
19 Länder basiert. Konkret fordern wir, ähnlich wie bei TTIP, auch für die
20 zukünftigen EPA-Verträge (Economic Partnership Agreement) "Rote Linien".
21 Diese sollen eine faire, nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der
22 Handelsabkommen zum Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten
23 Entwicklungsländer gehen. Im Wesentlichen sollen diese "Roten Linien"
24 folgende Punkte berücksichtigen:

- 25 • Das Prinzip der Nicht-Reziprozität (Nicht-Gegenseitigkeit), sodass
26 tarifäre Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das
27 Allgemeine Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit
28 positiven Anreizen.
- 29 • Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche
30 Entwicklung im Land zu ermöglichen.
- 31 • Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie im
32 Bereich der Dienstleistungen.
- 33 • Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen: keine
34 Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.
- 35 • Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten
36 Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals,
37 SDGs); Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International
38 Labour Organization); Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und
39 Infrastruktur; ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise als Leitlinie

40

1 Ungleichheit kommt nicht von ungefähr! Nein, sie ist gemacht durch das
2 kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System. So ist wirtschaftliche
3 Ungleichheit oft auch ein Fluchtgrund der Menschen aus ihrer Heimat
4 vertriebt. Diese Fluchtursache ist von uns beeinflussbar, denn wirtschaftliche
5 Fluchtgründe sind unter anderem politisch verursacht.

6 Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel Nicht der Handel zwischen
7 Volkswirtschaften und Gesellschaften ist für uns der Ausgangspunkt von
8 Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den
9 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen
10 des Neoliberalismus. Einer pseudo-unpolitischen Lesart von
11 Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind davon überzeugt,
12 dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen
13 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft
14 werden kann. Für uns gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im
15 Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie! Wir stehen für ein
16 Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

17 Für eine solidarische Handelspolitik

18 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik
19 gegenüber, die Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll,
20 gleichberechtigten und solidarischen Handel auf Augenhöhe zu betreiben.
21 Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis zwischen Nord und
22 Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute immer
23 noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des
24 Dreiecks Europa, Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.
25 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische
26 Dimension. Daher müssen wir die Handelsmechanismen grundsätzlich
27 ändern, weg von einer kapitalistisch-wirtschaftsorientierten Denkweise.
28 Handel verstehen wir als Teil der Entwicklungszusammenarbeit, als einen
29 Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind Menschenrechte vor
30 Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension
31 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit
32 den Ländern des globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-
33 Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. Die von der Europäischen Union
34 verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den Prüfstand
35 stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem
36 die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen
37 Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)
38 Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die Asymmetrien im
39 internationalen Handel nachhaltig zu überwinden. Wir forcieren den Abbau
40 des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit verbundene
41 Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der
42 Regionen, stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des
43 Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche Bedingungen abbauen, die das
44 asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind beispielsweise
45 Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu
46 nennen. Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit
47 bekommen, durch Zollschutz von neuen Industrien oder Industriezweigen

1 der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der Abbau der Asymmetrien
2 bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale Belange
3 von Arbeitnehmer*innen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der
4 Verhandlung von ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch
5 ökologische Belange müssen in diese Gleichung mit aufgenommen werden
6 und nachhaltige Konzepte in ökologischer und ökonomischer Hinsicht
7 entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

8 Für eine gerechte Handelspolitik

9 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche
10 Ungleichheit sondern ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren
11 der Handelspartner*innen. Eine gerechte Handelspolitik muss solche
12 gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der Reproduktion von
13 Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden
14 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische
15 Standards festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und
16 gerechte Handelspolitik, die ihren Namen verdient, muss in der Lage sein
17 die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen mitzudenken. Dafür
18 müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen
19 Gesamtkonzeptes darstellen:

20 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

21 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden
22 Bevölkerung schützen und ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen
23 der ILO (International Labour Organization) die Mindestgrundlage für
24 internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an dieser
25 Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der
26 Arbeitnehmer*innen sowohl in andere industrialisierte Staaten als auch in die
27 kapitalistische Peripherie zu verbreiten. Aufgrund der internationalen
28 Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und Liberalisierung
29 in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten
30 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung
31 von öffentlicher Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der
32 Aushebelung von Arbeitnehmer*innenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei
33 insbesondere diejenigen, die bereits in Armut leben oder von dieser akut
34 bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen Weltwirtschaft
35 darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen
36 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von
37 Einfuhrerleichterungen) zu implementieren, um internationale
38 Arbeitnehmer*innenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es zu fragen, an
39 welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen
40 Wirtschaftszweigen innerhalb eines Landes schadet und welche
41 Möglichkeiten es gibt, notwendige Transformationsprozesse
42 sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen einer auf
43 sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel
44 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt
45 muss innerhalb dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik
46 sein. Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom,
47 Personennah- und Fernverkehr, Gesundheitsleistungen etc. für alle

1 Menschen erschwänglich und zuverlässig bereitgestellt werden. Dies muss
2 regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden
3 öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es
4 als nicht sinnvoll an, diese Güter per globaler Ausschreibung an den/die
5 günstigste/n private/n Anbieter*in zu vergeben. Gerechter Handel muss
6 diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche Daseinsvorsorge
7 mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die
8 Einführung positiver Standards sein

9 b) Feministische Handelspolitik

10 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der
11 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen
12 Programme müssen ihre Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden
13 und diese zum zentralen Prüfstein aller Entscheidungen machen. Der
14 neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von
15 Spezialisierungsprozessen Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen
16 befördert. Dabei sind Frauen in besonderem Maße von diesem
17 Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten
18 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion
19 verrichten, sind Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter
20 als bei Männern. Um dieser Situation entgegenzuwirken muss die
21 Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der handelspolitischen
22 Ziele werden. Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil
23 der bisherigen Handelspolitik. Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch
24 die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft neue Absatzmärkte. Um
25 eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und Entwicklungspolitik zu
26 gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
27 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere
28 bei der Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen
29 wesentlich betroffen

30 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

31 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale
32 Nachhaltigkeits- und Umweltziele konterkariert. Der zunehmende
33 Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen von Umwelt und Klima.
34 Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro ökologische
35 Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und
36 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen
37 anderen Verlauf. Noch heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem
38 globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt sieht man erste Auswirkungen
39 verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell entwickelten Länder
40 leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
41 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen. Handel kann nur als fair
42 gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt berücksichtigt.
43 Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
44 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen
45 einem neoliberalen Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen
46 konkretere Maßstäbe formuliert und konsequent umgesetzt werden.
47 Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen Auswirkungen auf

1 Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur
2 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel
3 gesichert werden kann

4 d) Friedensorientierte Handelspolitik

5 Wir wollen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur
6 Befriedigung von Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung
7 und Sicherung von Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die
8 Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Mit den sogenannten „Roten Linien“
9 hat die SPD versucht klare Spielregeln für die Weiterführung der TTIP-
10 Verhandlung festzulegen. Jene sollten eine faire und sozialverträgliche
11 Gestaltung des transatlantischen Freihandels ermöglichen. Überlegungen
12 solche Regeln auch auf andere Handelsabkommen auszudehnen, vor allem
13 auf AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), gab es bisher nicht. Aber durch
14 genau diese Handelsabkommen trägt die EU massiv zu den Ursachen für
15 Wirtschaftsflüchtlinge bei. Die SPD steht in einer langen Tradition zum
16 Schutz der Schwächeren und der Schwächsten. Wir dürfen nicht
17 kommentarlos zuschauen während Länder, die in einer Phase der
18 wirtschaftlichen Entwicklung sind, zu neoliberalen Wirtschaftsverträgen
19 gezwungen werden nach den Bedingungen und Wünschen

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 Von: Oberbayern

2 An: Juso-Bundeskongress

3

4 **W 4 Umbau der Grundsteuer zur flächennutzungsbezogenen**
5 **Grundabgabe**

6

7 Die Grundsteuer ist mit die bedeutendste kommunale Sach- und
8 Objektsteuer. Sie wird von den Kommunen erhoben und ist ihre wichtigste
9 konjunkturunabhängige Einkommensquelle. Sie berechnet sich aus
10 Einheitswerten, die den Grundstückswert angeben sollen, einer
11 Steuermesszahl und einem kommunal festgelegten Hebesatz. Seit vielen
12 Jahren besteht bei der Grundsteuer massiver Reformbedarf, da die
13 Bemessung der Grundsteuer die realen Wertverhältnisse nur ungenügend
14 abbildet.

15 Abschaffung der gesetzlichen Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf die
16 Mieten

17 Grundlage für den Umbau der Grundsteuer in ein verteilungspolitisch
18 sinnvolles Instrument mit wirkungsvoller Steuerungswirkung ist die
19 Abschaffung der Umlagemöglichkeit auf die Mieten als Betriebskosten. Die
20 Umlage steht dem eigentlichen verteilungspolitischen Sinn der
21 objektbezogenen Besteuerung von Grund- und Immobilieneigentum
22 entgegen und wandelt die Grundsteuer faktisch in eine Zusatzbelastung für
23 die MieterInnen um.

24 Daher fordern wir die Streichung von §2 Abs.1 BetrKV zur
25 Umlagemöglichkeit öffentlicher Lasten.

26 Bewertungsproblematik

27 Die Bemessung der Grundsteuer beruht auf Ermittlungen von Einheitswerten
28 in Hauptfeststellungen, die laut Gesetz ursprünglich alle 6 Jahre
29 durchgeführt werden sollten. Nachdem der Zeitpunkt der nächsten
30 Hauptfeststellung 1965 per Gesetz auf unbestimmte Zeit verschoben wurde,
31 erfolgt die Einheitswertberechnung in Westdeutschland immer noch auf
32 Grundlage der Wertbasis 1964, die im Rahmen der Hauptfeststellung zum
33 1.1.1964 gebildet wurde und 1974 mit 140 % pauschalem Aufschlag in Kraft
34 trat. In Ostdeutschland erfolgt die Ermittlung der Einheitswerte auf
35 Grundlage der Wertbasis 1935, die mit Zuschlägen nach §133 BewG
36 ansonsten unverändert Anwendung finden.

37 Damit fußt die Ermittlung von Grundstückswerten, die für die Erhebung von
38 Grund- und Vermögenssteuer unerlässlich sind auf einer völlig veralteten
39 Bemessungsgrundlage, die mit den realen Verkehrswerten und der realen
40 Flächennutzung nichts mehr zu tun hat.

1 Deshalb fordern wir: Umstellung des Bemessungsgrundlage der
2 Grundsteuer auf das gängige System der Ermittlung des Bodenwertes im
3 Vergleichswertverfahren (§15 und §16 ImmoWertV) auf Grundlage der durch
4 Gutachterausschüsse ermittelten Bodenrichtwerte nach §196 BauGB sowie
5 die Feststellung von pauschalierten Gebäudewerten entsprechend Art und
6 Maß, der im Bebauungsplan (soweit vorhanden) festgelegten baulichen
7 Nutzung angelehnt an das Sachwertverfahren (§17 ImmoWertV) mit Zu- und
8 Abschlägen nach Gebäuderichtwerten. Alternativ kann bei Nutzung im
9 Rahmen von Vermietung oder Verpachtung das Ertragswertverfahren nach
10 §17 ImmoWertV angewandt werden.

11 Für land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist die Wertermittlung
12 am unmittelbaren Nutzen zu orientieren und im Rahmen von
13 Ertragswertverfahren nach §17 ImmoWertV durchzuführen. Hierbei sind die
14 Ergebnisse von Bodenschätzungen zu berücksichtigen.

15 Flächennutzungsbezug

16 Die Grundsteuer wird durch die Anwendung unterschiedlicher
17 Steuermesszahlen grundlegend in die Kategorien A – agrarisch und B -
18 baulich unterschieden. Ebenfalls kommt eine ermäßigte Steuermesszahl für
19 Ein- und Zweifamilienhäuser zum Einsatz. Um mit der Grundsteuer eine
20 strukturpolitisch sinnvolle Lenkungswirkung zu erreichen bedarf es der
21 Einführung von Differenzierungsmöglichkeiten der Grundsteuer, die den
22 Nutzungsarten entsprechend BauNVO gerecht werden. Insbesondere
23 braucht es eine Unterscheidung von Gewerblicher Nutzung und
24 Wohnnutzung. Es bietet sich an die Einstufung der Liegenschaften auf der
25 Grundlage der Nutzungskategorien der in Gemeinden flächendeckend
26 vorhandenen Flächennutzungsplänen vorzunehmen.

27 Wir fordern daher die Differenzierung der Grundsteuerermesszahl
28 entsprechend der, in den Flächennutzungsplänen nach §5 BauGB nach §1ff
29 BauNVO festgelegten Bodennutzung bzw. Land und forstwirtschaftlicher
30 Nutzung. Diese soll von den Gemeinden innerhalb eines gemeinsamen
31 Korridors anpassbar sein um den örtlichen Gegebenheiten und
32 Anforderungen Rechnung zu tragen.

33 Einbezug der realen Flächennutzung

34 In die Berechnung der Grundsteuer soll die reale Bodennutzung der
35 bemessenen Grundstücke einfließen. Hierbei soll die Ausschöpfung der
36 planungsrechtlichen Vorgaben bzgl. des Maßes der baulichen Nutzung,
37 angegeben durch die Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl
38 (GFZ) positiv bewertet werden. Hoher individueller Flächenverbrauch bei
39 geringer Haushaltgröße soll entsprechend in die Berechnung der
40 Grundsteuer einfließen.

41 Die Bewertung der landwirtschaftlich genutzten Flächen soll eine Beurteilung
42 nach der Intensivität der Flächenbewirtschaftung beinhalten, die einen
43 realen Bewirtschaftungsanteil an der Grundsteuer ergibt. Diese soll auf dem
44 gemeinschaftlichen Klassifizierungssystem für landwirtschaftliche Betriebe,
45 entsprechend der Entscheidung 85/377/EWG der EU Kommission vom 7.

1 Juni 1985, beruhen und mit Hilfe pauschalierter Messzahlen die jeweilige
2 pauschalierte Intensität nach Nutzungsform in die Grundsteuer mit einfließen
3 lassen, die sich an den im Ertragswertverfahren ermittelten Nutzwerten der
4 Grundstücke orientieren. Eine Umlage des Bewirtschaftungsanteils auf evtl.
5 vorhandene PächterInnen soll hier möglich sein.

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29

JUSOS
BAYERN

